

## **A N F R A G E N an den Bürgermeister!**

### **1) Erhalt der Übungs-VS der PÄDAG der Diözese Graz-Seckau**

GR. Dr. **Piffli-Percevic** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Piffli-Percevic**: Hoher Gemeinderat, Herr Bürgermeister! Es geht doch um eine sehr wichtige und liebgewonnene Einrichtung in unserer Stadt, die Übungsvolksschule der Pädagogischen Akademie in Eggenberg. Die Zukunft dieser Volksschule ist durch die Tatsache gefährdet, weil die Pädagogischen Akademien zu Hochschulen erhoben werden sollen. Wir haben diese Entwicklung bei der Sozialakademie gehabt, wir werden sie demnächst bei den medizinisch-technischen Berufen haben und das geht natürlich nicht ohne Auswirkungen auch in der sonstigen Bildungslandschaft. Der ganze Komplex der Pädagogischen Akademie der Diözese in Graz Eggenberg ist sozusagen nicht mehr seiner bisherigen Aufgabe gewidmet, da es in Graz nur mehr eine Hochschuleinrichtung geben soll, nicht mehr zwei, die des Bundes und der Diözese. So ist konkret die berechtigte Sorge der Eltern, aber auch der Bediensteten und natürlich der Kinder, dass sie dort in der liebgewonnenen Umgebung nicht mehr ihre Schule besuchen können. Diese Sorge ist auch an alle Klubs, auch an den Herrn Bürgermeister, die Mitglieder der Stadtregierung herangetragen worden und selbstverständlich müssen wir als Stadt mit den Einrichtungen, für die wir unmittelbar verantwortlich sind, natürlich kalkulieren und rechnen, haben aber selbstverständlich darüber hinaus sehr wohl Interesse und Sorge. Ein wesentlicher Faktor für die Wahl der Übungs-VS durch die Eltern ist auch das Angebot der Nachmittagsbetreuung. Diese Faktoren sind der Grund für den große Andrang bei den jährlichen Einschreibungen.

Herr Bürgermeister, ich richte an dich daher die

### **A n f r a g e ,**

welche Möglichkeiten im Sinne der Intentionen der Eltern und der Schüler und der Bediensteten siehst du in Richtung der Erhaltung oder eines kontrollierten Auslaufens dieser Einrichtung? (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, ein erstes Gespräch mit einem Vertreter der Diözese habe ich schon einmal geführt, es ist ein sehr schwieriges Projekt, weil es ja um Gebäudeteile geht, die zum Teil auch veraltet sind und unterschiedliche Zugänge, wer dort unterrichtet und vieles mehr. Ich werde deine Anfrage benutzen, um erneut mit der Diözese Kontakt aufzunehmen und die Diözese zu ersuchen, dass wir zu einer allgemein für alle Seiten verträglichen Lösung, was diese Schule anbelangt, kommen werden (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Den Schlenkerer kann ich mir einfach nicht verkneifen, tut mir Leid. Lieber Herr Klubobmann, sehr geehrter Herr Bürgermeister, finde ich gut, wenn man sich einsetzt, dass eine Schule nicht geschlossen wird, aber ich kann mich zu gut erinnern, dass voriges Jahr drei Schulen geschlossen wurden und da hat die ÖVP kräftig mitgewirkt daran. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Die ÖVP hat kräftig daran mitgewirkt, dass wir eine gute Lösung finden und die haben wir auch gefunden und ich hoffe, dass wir es dann auch da schaffen werden (*Applaus ÖVP*).

## **2) Mehr Trauungsmöglichkeiten bei starker Nachfrage**

GRin. **Potzinger** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Potzinger**: Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren! Kommen wir zu einem erfreulichen Thema, es geht um einen der schönsten Tage im Leben vieler Menschen, ich sage nicht, um den schönsten Tag, weil sonst würde es heißen, von nun an ging es bergab. Es geht ums Heiraten in Graz. Medien haben in den letzten Tagen berichtet, dass es besonders beliebte Termine gibt, nicht

nur den 6.6.06, alle Termine im Mai, Juni zum Normaltarif im Rathaus sind bereits ausgebucht und wir meinen, dass die, die in Graz heiraten wollen, da nicht allzu lange warten sollen. Es gibt natürlich die Exklusivalternativen von Murinsel bis Schloßberg, wunderschön, können sich nicht alle leisten.

Daher ersuche ich dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister ausloten zu lassen die Möglichkeit, weitere Trauungsorte für stark frequentierte Hochzeitstermine bereitzustellen beziehungsweise zu überprüfen, wie man da relativ kurzfristig noch helfen könnte über zusätzliche Räumlichkeiten und volle Ausschöpfung der personellen Kapazitäten. Das ist der Inhalt meiner Anfrage zu diesem Thema. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

### **3) Park&Ride-Projekt Fölling**

GR. **Mayr** stellt folgende Anfrage:

GR. **Mayr**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Der Verkehrskorridor Nordost durch das Grazer Mariatrostertal leidet bereits seit Jahren an einer zunehmenden Verkehrsbelastung mit den entsprechenden negativen Auswirkungen auf die dort wohnende Bevölkerung. Die Parkkapazität des kleinen P&R-Platzes an der Endstation der Linie 1 und die Kapazität der umliegenden Gassen platzt aus allen Nähten. Darüber hinaus nimmt auch der Quellverkehr auf Grund zahlreicher neuer Wohnprojekte rund um den Mariatroster Kirchberg stark zu. Diese neuen Siedlungen (z.B. Marland) sind aber nur ungenügend mit dem ÖV erschlossen. Nachdem im September 2004 eine Mehrheit im Gemeinderat auf Antrag der SPÖ die Planung einer verkehrstechnisch sinnvollen P&R-Anlage in der Nähe der Endstation der Linie 1 gestoppt hatte, wurden von der

Verkehrsplanung und der Grazer Parkraummanagement Gesellschaft Alternativen - auch in Zusammenarbeit mit dem Bezirksrat und mit der Bevölkerung - gesucht. Das Ergebnis ist der Vorschlag einer verkehrspolitisch nächstbesten Lösung in Fölling. Das P&R-Projekt ist nun seit einem halben Jahr fachlich fertig ausgearbeitet und findet die einhellige Unterstützung der Mariatroster Bevölkerung. Leider wird eine Finanzierung vom zuständigen Stadtrat Dr. Riedler bisher nicht ermöglicht. Obwohl durch die gesundheitlich negativen Auswirkungen des Verkehrs (Feinstaub/Lärm etc.) dringend Alternativen für den MIV angeboten werden müssen und diesbezüglich auch Konsens bei den politischen Parteien in Stadt und Land besteht, konnte oder wollte Dr. Riedler auch bei einer gut besuchten Bezirksveranstaltung der Grazer Woche in Mariatrost den dort anwesenden BürgerInnen keine Perspektive für eine Lösung der Verkehrsprobleme und eine Finanzierung der Park-&-Rideanlage bieten. Nicht genug Beachtung finden in diesem Zusammenhang auch die Beschlüsse des Grazer Gemeinderates hinsichtlich (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) einer Schwerpunkt-Finanzierung für ÖV und P&R, ich spreche wieder einmal den Feinstaubfonds an und die Zweckwidmung der Mehreinnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung.

Ich stelle daher namens der ÖVP-Fraktion an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e ,**

bist du bereit, dich auch weiterhin für eine rasche Realisierung der P&R-Anlage Fölling und vor allem der dazu gehörenden Finanzierung einer leistungsfähigen ÖV-Anbindung für dieses Gebiet beim zuständigen Finanzstadtrat einzusetzen? (Applaus ÖVP).

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

#### 4) Homepage der Stadt Graz

GRin. **Edlinger** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Edlinger**: Meine Anfrage an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, befasst sich mit einem Text von der Homepage der Stadt Graz, und zwar wirbt die Stadt Graz auf ihrer Homepage unter dem Kapitel "Leben in Graz" mit folgenden Worten:

"Es gibt viele schönste Städte auf der Welt ...  
... für die Grazerinnen und Grazer ist es Graz. Die zweitgrößte Stadt Österreichs besticht mit Charme, südlichem Flair und schönen Frauen."

Nun gut: Es drängt sich zwar die Frage auf, warum hier nur von der Schönheit der Grazerinnen und nicht von ihrer Intelligenz beziehungsweise ihren Kompetenzen die Rede ist. Aber wohlmeinend möchte ich annehmen, dass diese Reduktion der Grazerinnen auf ihr Äußeres - etwas, was wir ja leider generell auch aus der Werbung kennen - einzig einer literarischen Anlehnung an Reinhard P. Gruber entsprungen ist und nicht dem Verständnis entspricht, dass Frauen nach wie vor wohl besser schön als klug sein sollten, weil Männer eben nach wie vor besser sehen können als denken.

Aber lassen sie mich doch - gerade im Zeitalter der Gleichberechtigung und des Gender Mainstreamings - gegen die in diesem Fall vorliegende eklatante Benachteiligung von Männern das Wort erheben. In diesem Sinne stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

#### **A n f r a g e :**

Sind sie bereit, den oben zitierten Text in jedem zweiten Monat folgendermaßen abändern zu lassen:

"Es gibt viele schönste Städte auf der Welt ...  
... für die Grazerinnen und Grazer ist es Graz. Die zweitgrößte Stadt Österreichs besticht mit Charme, südlichem Flair und schönen Männern." (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzte Frau Gemeinderätin, dieser Ruf der Stadt Graz den können wir wahrscheinlich nicht verbreiten, mir ist er nicht so geläufig und gängig, wie diese althergebrachte klare Tatsachenfeststellung, die wahrscheinlich auch nicht auf andere Eigenschaften von Frauen abzielen sollte. Aber ich bin selbstverständlich gerne bereit, nach Rücksprache mit dem zuständigen Frauenreferat das geschäftsordnungsgemäß zu beantworten.

## 5) Österreichisches Personennah- und Regionalverkehrsgesetzes

GRin. **Edlinger** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Edlinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sie haben die Thematik, mit der sich meine Anfrage befasst, bereits erwähnt. Die Bundesregierung plant, das Österreichische Personennah- und Regionalverkehrsgesetz, kurz und leicht und prägnant merkbar unter der Abkürzung ÖPNRVG, zu ändern. Die geplante Gesetzesnovelle besagt, dass der Nahverkehr, also alle öffentlichen Bus- und Bahnlinien, zukünftig von den Bundesländern finanziert und verwaltet werden sollen und der Beitrag, den der Bund zu leisten bereit ist, soll einfach zukünftig auch gedeckelt sein. Und trotz deutlicher Kritik aller Landeshauptleute im vergangenen Mai und im November 2005 beharrt die Bundesregierung auf dieser nahezu vollständigen „Verlängerung“ des Regionalverkehrs. Nach dem vorgelegten Entwurf soll die Verpflichtung zur Bereitstellung eines Grundangebotes aus dem Gesetz gestrichen werden. Es gibt somit keinerlei Vorkehrungen, dass der interregionale, regionale und lokale Verkehr zu einem zukunftsweisenden Ganzen zusammengeführt werden kann.

Schon heute fehlen die Mittel für einen funktionierenden Nahverkehr. Mit dem neuen Gesetz verschlimmert sich die Situation noch, denn die Bundesregierung schiebt die gesamte Verantwortung auf die Bundesländer ab. Die Bundesländer haben aber nicht genügend Mittel, um den öffentlichen Verkehr zu finanzieren. Eine Ausdünnung des gesamten öffentlichen Personen-Nahverkehrs- und Regionalverkehrs-Systems ist daher zu befürchten.

Ich möchte betonen, dass wir hier nicht nur von möglichen Auswirkungen auf irgendwelche "kleinen" Nebenlinien sprechen, sondern dass davon auch der gesamte öffentliche Personenregional- und Nahverkehr, mit dem Tag für Tag tausende Pendler/Pendlerinnen Graz erreichen, betroffen sein kann, weil es zum Beispiel zur Ausdünnung von Linien kommt, zur Verlängerung von Takten etc.

In der Debatte über die Feinstaubbelastung wird einhellig der Ausbau des ÖV gefordert (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Sollte jedoch diese geplante Änderung des ÖPNRVG durch die Bundesregierung wirklich umgesetzt werden, dann brauchen wir über den Ausbau des ÖV überhaupt nicht erst zu reden.

Ich stelle daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e :**

Wie stehen Sie zu dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Österreichischen Personennah- und Regionalverkehrsgesetzes und welche Schritte haben Sie bereits unternommen bzw. werden Sie unternehmen, um den diesbezüglich zu erwartenden Schaden von der Stadt Graz abzuwenden?

Bmg. Mag. **Nagl**: Danke vielmals für diese Anfrage, es ist ein ganz, ganz wichtiges Thema, dazu möchte ich wie folgt festhalten, morgen haben auch die Fraktionen, die im Stadtsenat vertreten sind, die Chance, über das vom Kollegen Rüschi vorbereitete Stück zu befinden, das heißt, wir werden morgen auch eine Stellungnahme der Stadt Graz zu dieser Gesetzesänderung oder dieses Vorschlags beim Personennah- und Regionalverkehrsgesetz abgeben. Wir sehen das sehr differenziert und man kann nicht unbedingt gleich von einem Schaden sprechen. Auf der einen Seite versucht der Bund die Aufgabenverteilungen klar zu regeln, er hat aber unter anderem auch mitbeschlossen, dass zum Beispiel gerade für Linienbestellungen von derzeit zehn Millionen auf 30 Millionen Euro eine Aufwertung erfahren soll und viele Punkte mehr, das heißt, es ist ein sehr differenziert zu sehende Geschichte, man kann das nicht gleich nur mit Schaden und mit schlecht beurteilen, sondern wir haben morgen eine

Vorlage vom Kollegen Rüschi und den Abteilungen im Stadtsenat und ich bitte, dass wir uns das alle ganz genau anschauen, hier gibt es Vorschläge zu Veränderungen, das heißt aber nicht unbedingt gleichbedeutend, dass das eine wirkliche Verschlechterung ist, sondern es kommen sogar, soweit ich jetzt informiert bin, auf die Schnelle sogar Erhöhungen bei Linienbestellungen dazu, also diese zehn auf 30 Millionen das steht morgen drinnen. Das Stück ist an die Klubs ergangen, morgen in der Früh im Stadtsenat werden wir darüber zu befinden haben.

GRin. **Edlinger**: Ich kenne ja auch nur erste Stellungnahmen des Städtebundes dazu, wo es eher nämlich genau das Gegenteil ist, das festgehalten wird, dass nämlich so vieles auch unklar ist, was die Regelungen sind in der Aufteilung zwischen Kommunen und Ländern vor allem auch und der Städtebund führte auch zusätzlich noch andere Aspekte, die mitberücksichtigt werden müssen, ins Treffen. Nämlich, dass die ÖBB momentan gerade auf die einzelnen Linien eine Kostenrechnung aufsetzt und diese zukünftig den Ländern auch verrechnet wird und, und, und. Deswegen meine Frage, sind in die Stellungnahme, die Sie morgen im Stadtsenat behandeln auch dieses sehr umfassende Arbeiten der Stellungnahme des Städtebundes irgendwie eingeflossen erstens und zweitens, der Städtebund bittet hat ja, glaube ich, ein Schreiben an alle Bürgermeister verfasst und alle Kommunen zusätzlich, nicht nur eine Stellungnahme abzugeben, sondern dass die Gemeinderäte auch eine Resolution beschließen mögen, um einfach der Stellung der Kommunen in diesen Verhandlungen noch besseren Nachdruck verleihen zu können. In diesem Zusammenhang meine Frage, ist Ihrerseits angedacht, diese Bitte und diese Anregung des Städtebundes aufzugreifen und uns hier im Gemeinderat eine diesbezügliche Petition, Resolution an die Bundesregierung im nächsten oder übernächsten Gemeinderat vorzulegen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, der Herr Kollege Rüschi hat sich auch noch zu Wort gemeldet. Ich habe gesagt, differenzierte Sichtweisen, es gibt Dinge, die sind positiv und es gibt Dinge, die sind sehr negativ. Das werden wir auch zum Ausdruck bringen, das, was wir jetzt abgeben, ist einmal die Stellungnahme auch für den Städtebund, damit wir quasi mit einer Sprache auch dann Richtung Bund sprechen.



Ich bin sicher, dass wir da auch eine gemeinsame Beschlussfassung zustande bringen. Kollege Rüscher kann noch näher darauf eingehen, ich weiß nicht, ob Sie das wirklich als eine so große Schlechterstellung sehen, wenn das Land Steiermark jetzt verstärkt dann auch für den Regionalverkehr zuständig ist, weil ja gerade auch Landeshauptmann Voves sich sehr stark schon zu Wort gemeldet hat, dass das ein Thema gerade im Großraum von Graz oder in anderen Ballungszentren sein wird.

***Zwischenruf GRin. Edlinger: Der Bund deckelt die Zuschüsse.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Der Bund hat schon immer, das ist richtig, der Bund hat schon immer die Zuschüsse gedeckelt, aber in dem Fall hat er sie auch erhöht und gedeckelt. Also da ist keine Neuerung drinnen, der Bund hat bislang immer bei allen Verkehrsverbundverhandlungen klar gedeckelt und das nicht nach oben hin offen gelassen. Aber der Kollege Rüscher hat sich schon zu Wort meldet.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüscher**: Nur einige wenige Bemerkungen dazu, das, was aus Sicht der Städte, glaube ich, wirklich problematisch ist, das ist, dass der Bund seine Mittel regionalisiert auf die Länder verteilt und dass im Moment keine Bestimmung darin ist, wie die Städte berücksichtigt werden, die derzeit Aufgabenträger sind, die derzeit wie die Stadt Graz und zwar sehr viel, mehrere Millionen Euro, für Linienbestellungen ausgibt. Wir haben, und zwar gemeinsam, es geht vor allem auf eine Initiative der Stadt Innsbruck und von Graz zurück, hier einen Änderungsvorschlag eingebracht über den Städtebund, die der Städtebund auch weitergegeben hat und es gibt jedenfalls die fixe Zusage vom Staatssekretär Kucacka, dass er sich für diese Änderung miteinsetzen wird, dass sie auch jetzt, nachdem der Entwurf ausgesandt ist und dann diskutiert wird, dass das mithineinkommt. Das ist aus meiner Sicht die wichtige Sache, dass die Mittel, die wir vom Bund bekommen haben derzeit, dass die nicht an die Länder gegeben werden, da müssen wir bei den Ländern wieder raufen, dass wir die Gelder kriegen, sondern dass, der auch in der Stellungnahme herausgearbeitet ist und eines ist klar, der Hauptansprechpartner in Hinkunft für die

Finanzierung ist das Land und ausschließlich das Land. Weniger Mittel werden es nicht, sondern es ist auch zum ersten Mal eine gesetzliche Absicherung der derzeit bezahlten Mittel enthalten, allerdings ohne eine sehr starke Valorisierung.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat Getzinger hat sich zu Wort gemeldet, möchte vielleicht eine sehr positive Zwischenmeldung aus unserer Olympiastätte geben, wir haben Gold gemacht, die nordische Kombination, das Team hat Deutschland auf die Plätze verwiesen (*allgemeiner Applaus*).

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger**: Wenigstens in Turin gibt es noch Gold. In Graz wird es immer weniger. Wie überhaupt alles, der Herr Bürgermeister hat darauf hingewiesen, alles von einer sehr schönen Grazerin abhängig, die sich immer weniger blicken lässt, nämlich von der Marie, wenn es keine Marie gibt, gibt es keinen öffentlichen Verkehr und das, was wir uns wünschen und was wir wollen, ist ein Ausbau, eine Intensivierung, Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, aus dem Grund zucke ich schon immer zusammen, wenn ich von Deckelung höre im Zusammenhang mit dem öffentlichen Verkehr. Man kann sicherlicht Effizienzreserven noch schöpfen beim öffentlichen Verkehr, manches gehört optimiert, gehört verbessert, aber insgesamt sollten wir uns und glaube ich, sind wir uns auch darin einig, dass der öffentliche Verkehr ausgebaut gehört, dass man zusätzliche Mittel in die Hand nehmen muss sowohl im investiven Bereich als auch, das folgt fast schlüssig daraus, bei den Betriebsmitteln. Das ist nun mal so und daran führt auch kein Weg vorbei, deswegen glaube ich, dass Deckelung seitens des Bundes nicht der richtige Weg ist. Es hilft nichts, es müssen wachsende Budgets sein, mit denen der öffentliche Verkehr dann allerdings möglichst effizient selbstverständlich unter strengster Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher Kriterien agieren kann. Hier geht es also um zusätzliche Mittel, der Stadtrat Rüschi hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass es auch wichtig wäre, dass direkt die Städte, zumindest die Landeshauptstädte, aber letztlich durchaus auch an die Bezirkshauptstädte oder jene, die eigenen öffentlichen Verkehr betreiben, wie manche obersteirische Städte, direkt Mittel des Bundes bekommen und hier ihre eigenen Prioritäten setzen können. Denn das ist auch das zentrale Argument des Bundes, dass lokale und regionale Gebietskörperschaften vielleicht

doch besser wissen, wo die Mittel eingesetzt werden müssen, die zur Verfügung stehen, wo die Mittel, die für öffentlichen Verkehr zur Verfügung stehen, eingesetzt werden müssen. Aber noch einmal, unterm Strich geht es um die Marie, es geht darum, dass wir mehr Mittel für den öffentlichen Verkehr bereitgestellt bekommen und sei es durch neue zusätzliche Einnahmen, wo es durchaus auch interessante Vorschläge und Fantasien gibt (*Applaus SPÖ*).

## 6) Verkehrskonzept Mariatrost

GRin. **Meißlitzer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Meißlitzer**: Ich freue mich sehr, dass der Bezirk Mariatrost schon wieder im Gespräch ist, danke dem Herrn Kollegen von der ÖVP für seine Anfrage. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Am 15. 2. 2005 habe ich mir erlaubt, auf Basis einer von Mariatroster Aktivbürgerinnen und -bürgern erstellten Vorschlagsliste den Antrag zu stellen, ich zitiere: „die zuständigen Fachabteilungen des Magistrats mögen beauftragt werden, im Sinne des Motivenberichtes unter Einbeziehung der von Mariatroster Aktivbürgern gemachten Vorschläge ein Verkehrskonzept für den Bezirk Mariatrost zu entwickeln“.

Ich nehme, ein wenig Goethe abgewandelt, an: Die Botschaft hörte den ressortverantwortliche Stadtsenatsreferent und die zuständigen Fachabteilungen wohl, allein – es fehlen die Antworten und geschweige, es gibt auch kein Tun.

Anders ausgedrückt: Der Antrag, mit den Mariatroster Aktivbürgerinnen und Aktivbürgern zwecks Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes das Gespräch zu suchen, feierte gestern Jahrestag, es sind 366 Tage ins Land gezogen und ein Mehrtausendfaches an Autos seitdem durch Mariatrost unterwegs gewesen, geschehen ist aber bis dato nichts. Und das, obwohl angeblich BürgerInnenbeteiligung ein vorrangiges Anliegen wäre, obwohl in Mariatrost Bürgerinnen und Bürger darauf warten, beteiligt zu werden, obwohl Mariatroster unter einer Verkehrslawine ersticken.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e ,**

ob Sie bereit sind, einerseits im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz auf den ressortverantwortlichen Stadtsenatsreferenten und die zuständigen Fachabteilungen einzuwirken, endlich im Sinne des am 15. 2. 2005 eingebrachten Gemeinderatsantrages tätig zu werden und andererseits bekannt zu geben, welche Ergebnisse jene Gespräche mit Umlandbürgermeistern betreffend regionale Verkehrslösungen, um die Sie der Gemeinderat ersucht hat, ergaben (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, geschätzte Frau Gemeinderätin, die mündliche Anfrage verstehe ich nun wirklich nicht, weil gerade die Wünsche der Mariatroster Bürgerinnen und Bürger darauf abgezielt haben, dass eine Park-&-Rideanlage kommen soll und zwar möglichst rasch und dass wir eigentlich sehr viel vorbereitet haben und es nur noch um die Finanzierungsgespräche geht und ich nehme meine Koordinierungskompetenz gerne wahr, um hier mit dem Finanzreferenten noch einmal ins Gespräch zu kommen (*Applaus ÖVP*), und der Kollege Rüschi kann Näheres dazu sagen (*Applaus ÖVP*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Ich kann dem nur noch eines hinzufügen, meines Wissens ist erstmals der Antrag für die Park-&-Rideanlagen in Fölling im Juni letzten Jahres, also im Juni 2005, vorgestellt worden und dann auch immer wieder besprochen worden. Der Antrag ist auf dem Tisch, allein, wie ich schon gehört habe, fehlt die Finanzierung. Zur zweiten Frage, das Gespräch mit den Umlandbürgermeistern hat stattgefunden, diese Gespräche sind an den Herrn Direktor Janezic delegiert worden, er hat diese Gespräche mit nahezu allen Bürgermeister geführt entlang der Strecke bis nach Weiz und es ist herausgekommen, was wir uns vorgestellt haben, die Bürgermeister sind sehr erfreut, wenn dort Park-&-Rideanlagen errichtet werden sollen, aber sie waren nicht bereit, sich finanziell daran zu beteiligen. Aus diesem Grund haben wir dann eben Fölling als zweitbeste Lösung, die erstbeste Lösung aus unserer Sicht kennen Sie, das ist nach wie vor die Endstelle der Linie 1, die wurde ja

mit Denkverbot belegt, und wir haben dann die zweitbeste Lösung aufgegriffen und ausgearbeitet und die liegt vor seit einem halben Jahr (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Meißlitzer**: Zu sagen, dass ein Denkverbot auferlegt wurde, ist einfach völlig falsch und zweitens...

***Zwischenruf GR. Rajakovics: Was denn dann?***

GRin. **Meißlitzer**: ...geht es nicht um Park-&-Ride in Mariatrost, sondern in meiner Anfrage und auch in meinem Antrag vom vorigen Jahr geht es eindeutig um ein Verkehrskonzept für Mariatrost. Da kann doch nicht nur ein Parkplatz allein ausschlaggebend sein und wenn Sie ausführen, die Verhandlungen mit den Bürgermeisterern hat es gegeben, wo ist denn der Bericht dazu? Ich höre dass das erste Mal und Verhandlungen mit Bürgermeisterern zu delegieren, nichts gegen den Herrn Janezic aber ich denke mir, als Bürgermeister der zweitgrößten Stadt von Österreich müsste ich doch selber auch diese Verhandlungen führen, damit etwas Konstruktives herauskommt. Und wo sind die Verhandlungen mit der Post, bei jeder Postbuslinie, die halbvoll ist, darf man nicht einmal zusteigen. Ich hätte gerne eine schriftliche Antwort auf meine Anfrage (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzte Frau Gemeinderätin, sobald es eine Debatte gibt und ich eine Beantwortung gebe, gibt es keine schriftliche mehr, aber wir werden Ihnen gerne noch einmal das Verkehrskonzept für Mariatrost vorlegen und wir hoffen wirklich noch, dass wir es auch gemeinsam beschließen werden, weil es geht in erster Linie darum, möglichst viele Fahrzeuge von der Straße zu bringen und das

werden wir weiter verfolgen und hoffentlich bald auch im Gemeinderat beschließen  
(*Applaus ÖVP*).

## **7) Freifahrten für alle Frauen am 8. März**

GRin. Mag. **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

**Mag. Taberhofer:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Am 8. März ist wieder der internationale Frauentag. Dieser Tag ist Anlass für Frauen auf der ganzen Welt, auf die nach wie vor bestehende ungleiche Situation von Frauen und Männern aufmerksam zu machen. Auch in Österreich sind viele Forderungen nach Chancengleichheit und gerechterer Verteilung von Einkommen und Arbeit bislang unerfüllt.

In Graz hat sich das 8.-März-Komitee, das sich aus Frauen verschiedener Fraueninitiativen, der Frauenbeauftragten, dem Frauenreferat und Vertreterinnen unterschiedlicher Parteien zusammensetzt,...

***Zwischenruf GRin. Potzinger: Aber nicht aller Parteien.***

Mag. **Taberhofer:** ...in diesem Jahr dazu entschlossen, die Einkommensungerechtigkeit zu thematisieren. Wir wünschen uns von der Stadt Graz, sich an den Aktivitäten zum 8.-März in der Form zu beteiligen, dass sie die Forderungen des 8.-März-Komitees nach mehr Einkommensgerechtigkeit unterstützt. Wir gehen davon aus, dass es auch im Interesse der Stadt Graz ist, der unbefriedigenden Einkommenssituation von Frauen etwas entgegenzusetzen. Aus diesem Grund sehen wir in der kostenlosen Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel

für Frauen am internationalen Frauentag einen Beitrag zu einer verbesserten Bewusstseinsbildung zum Thema Gerechtigkeit.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

### **A n f r a g e :**

Sind Sie bereit, sich bei den entsprechenden Stellen dafür einzusetzen, dass dieses Jahr die Frauen in unserer Stadt am 8. März die GVB kostenlos benützen können? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, ich sage deswegen nein, weil ich weiß, dass wir erstens die finanziellen Mittel dafür im Budget nicht vorgesehen haben, ich glaube auch nicht, dass die Grazer Verkehrsbetriebe das tun würden. Ich sage auch nein, weil wir zu einer großen Verärgerung jetzt auch wieder gekommen sind, weil sich Menschen in der Stadt auch zweitklassig behandelt fühlen im Bereich dieser SMS-Geschichte mit dem Land Steiermark. Es waren schon viele Menschen bei mir, die gesagt haben, nur weil ich kein Handy habe, kriege ich diesen Sondertag nicht und ich glaube, dass es andere geeignete Mittel gibt, um auf die Benachteiligungen, die Frauen nach wie vor im Erwerbsleben, aber auch in unserer Gesellschaft haben, aufmerksam zu machen. Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich sehe da momentan keine Chance, weil wir auch alle übrigen Tage mit den Freifahrten schon zurückgenommen haben und gerade Zeitkartenbesitzer sich immer wieder darüber ärgern, dass sie einen Vollpreis zahlen und danach immer wieder Freitage gewährt werden. Das heißt, wir haben, soweit ich weiß, mittlerweile alle Gratisbenutzungstage zurückgenommen und ich glaube, wir sollten in einem anderen Rahmen darüber diskutieren, welche innovative Ideen wir hätten, um auf die Probleme von Frauen in der Gesellschaft aufmerksam zu machen (*Applaus ÖVP*).

Mag. **Taberhofer**: Ich habe die Antwort erwartet, finde es schade, aber komme gerne auf Ihr Angebot zurück, in anderer Form Überlegungen gemeinsam anzustellen. Danke.

## **8) Hamburger Fischmarkt**

GRin. **Jahn** stellt folgende Anfrage:

**GRin. Jahn**: Meine Anfrage, wie Sie schon gesagt haben, dreht sich um den Hamburger Fischmarkt. Wir haben dazu schon öfter Mal hier auch im Gemeinderat was eingebracht. Es gab im Bezirk Lend immer wieder Beschwerden über den Fischmarkt, der eben speziell darauf zurückzuführen war, dass einfach durch diesen Fischmarkt ein sehr hoher Lärmpegel rund um den Lendplatz entstanden ist und natürlich auch eine gewisse Form von Geruchsbelästigung, wobei man sagen muss, dass natürlich das Lärmproblem gerade von den BesucherInnen, die sich in und rund um diesen Fischmarkt aufgehalten haben, eigentlich das vorrangige gewesen ist. Auch in Koordination mit unserem Bezirksvertreter vor Ort und auch den VertreterInnen im Bezirk habe ich daher am 16.06.2005 einen Antrag gestellt, der die zuständigen Stellen des Magistrat zur Überprüfung alternativer Standorte für diesen Fischmarkt beauftragt hat. Ich habe dann mehr als ein halbes Jahr später eine Anfragebeantwortung bekommen, also genauer gesagt vor eineinhalb Wochen, in der dann zu lesen war, dass es eigentlich nur zwei Alternativen gäbe, das eine ist eben der Karmeliterplatz, der sich generell größter Beliebtheit erfreut, weil er neu ausgestaltet und irgendwie eine interessante Örtlichkeit für derartige Veranstaltungen ist und die zweite Alternative wäre eben das Messeareal, wozu es heißt, ja der Vorschlag, das Areal der Grazer Messe zu wählen, wurde mit Skepsis aufgenommen, eine Kontaktaufnahme des Veranstalters des Fischmarkts mit der Grazer Messe hat noch nicht stattgefunden. Aus unserer Sicht ist das nicht wirklich eine Antwort auf die Frage, also es schaut jetzt so aus, als ob es nicht wirklich ernsthafte Bestrebungen gäbe, diesen Fischmarkt umzusiedeln oder überhaupt wo die Reise hingehen soll. Weil natürlich ist verständlich, wenn die BetreiberInnen



sagen, dass sie am Messeareal jetzt nicht unbedingt hinwollen, kann ich auch verstehen. Gleichzeitig, wie gesagt, die Zeit naht, in der der Fischmarkt stattfinden wird und deswegen auch meine

### **A n f r a g e**

an Sie:

Wann wird eine Entscheidung bezüglich des Standortes des Fischmarktes nun endlich getroffen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin! Meines Wissens nach gibt es im Moment nur einen einzigen Antrag bezüglich Fischmarkt und der betrifft den Karmeliterplatz. Der wird zur Zeit geprüft und die Entscheidung wird rechtzeitig erfolgen, sodass dieser Fischmarkt dann auch dort oder da stattfinden kann. Aber im Moment gibt es nur einen Antrag für Karmeliterplatz. Mehr weiß ich im Moment auch nicht, bitte da abzuwarten, die Gespräche, auch der Beamtenschaft, sind im Gange.

GRin. **Jahn**: Ich habe nur eine Frage noch, weil da dieses Gerücht aufgetaucht ist, ich aber nicht weiß, ob das stimmt, dass die BetreiberInnen selber nicht mehr auf den Lendplatz wollten, stimmt das?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich kann es Ihnen von da weg nicht sagen, es gibt nur, das ist das Einzige, was ich momentan gehört habe, einen einzigen Antrag und damit nehme ich an, dass sie diesen Platz bevorzugen würden.

## 9) Öffnungszeiten Gastgärten

GRin. **Jahn** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Jahn**: Ich muss Sie heute leider mit lauter ganz vielen Lärmfragen belästigen, will ich nicht sagen, weil es sind ja wichtige Anliegen. Es geht um die Gastgärtenöffnungszeiten. In der letzten Gemeinderatssitzung hat meine Kollegin von der KPÖ, Lisbeth Zeiler, eine Frage in Rahmen der Fragestunde gestellt, wo es um straßenpolizeiliche Bewilligung von Gastgärten gegangen ist, und zwar sind da eben Bewilligungen bereits erfolgt für das heurige Jahr, die sozusagen Gastgartenöffnungszeiten bis 23.00 Uhr vorsehen, plus eben noch 20 bis 30 Minuten für danach für Aufräumarbeiten. Dabei ist es aber so, dass das einfach nicht der gültigen Gesetzeslage, also der Gewerbeordnung, entspricht. Es gab ja eine Sonderregelung, eine Verordnung von dem Landeshauptmann, diese ist allerdings im letzten Jahr im Sommer schon als verfassungswidrig erklärt worden und somit aufgehoben worden. Das heißt, es gilt auch seit Jänner wieder die derzeit gültige Gewerbeordnung, die eben eine Öffnungszeit bis längstens 23.00 Uhr vorsieht. Uns ist jetzt wieder eine Genehmigung eines Gastgartens am Freiheitsplatz zugegangen, wo jetzt genau wieder der gleiche falsche Bescheid ergangen ist und ich frage mich, wie das sein kann, weil die Gesetzeslage eigentlich aus unserer Sicht sehr, sehr eindeutig ist.

Daher meine

### **A n f r a g e**

an Sie:

Was werden Sie unternehmen, damit die bislang falsch ausgestellten Genehmigungen korrigiert werden beziehungsweise was werden Sie tun, um hinkünftig eine gesetzeskonforme Erledigung für die Genehmigung von Gastgärten zu gewährleisten?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, als Bürgermeister würde es mich auch nicht freuen, wenn wir Bescheide ausfertigen, die nicht der Gesetzeslage entsprechen, das Gesetz zieht im Übrigen sowieso, wir werden das überprüfen lassen und dann werde ich Ihnen berichten, wie wir damit umgehen. Aber im Moment kann man klar davon ausgehen, das Gesetz ist zu beachten, selbst wenn wir einen Fehler gemacht haben sollten, aber ich werde der Geschichte nachgehen und Ihnen auch noch darüber berichten.

## 10) Demokratisierungsprozess der Stadt Graz

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich zitierte: Demokratie kann man keiner Gesellschaft aufzwingen, sie ist auch kein Geschenk, das man ein für allemal in Besitz nehmen kann. Sie muss täglich erkämpft und verteidigt werden (Heinz Galinski, Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, 1912 bis 1992).

Diesem Zitat nach ist Demokratie also ein lebendiges, aber auch kompliziertes System, das wie ein Seismograph auf gesellschaftliche Veränderungen ausschlägt. Es muss aber Menschen geben, die die Aufzeichnungen des Seismographen beobachten, analysieren, kommentieren und Schlussfolgerungen daraus ziehen.

Demokratie als Herrschaftsform hat aber auch immer schon die Geister gespalten. Die Freunde der Demokratie versichern, alles zu tun, um sie aufrecht zu erhalten. Ihre Feinde finden wir in Diktaturen oder anderen totalitären Regierungen, derer es auf unserer Welt genügend gibt.

Ich bin sicher, dass niemand im Grazer Gemeinderat die Demokratie als höchstes Gut anzweifelt und dennoch habe ich Sorge.

Unvermeidbare Symptome einer Proporzregierung wie Blockadepolitik, unklare Verantwortlichkeiten, intransparente Entscheidungsfindungen oder überforderte Aufsichtsräte, eine eher marginale Bezirksdemokratie, eine schlecht funktionierende

Kontrolle, wie das Beispiel der nicht durchgeführten Bezirksversammlungen in Ries und Innere Stadt zeigen, weisen darauf hin, dass wir uns einigen grundsätzlichen Fragen stellen müssen: Gibt es ein konsensuales demokratisches Modell in unserem Gemeinderat? Wie müssen wir Demokratie denken und entwickeln, um den Herausforderungen durch Umstrukturierungen großen Ausmaßes auf EU-Ebene, aber auch auf Bundesebene entsprechen zu können? Wie muss unser demokratisches System im GR verändert werden, damit es besser funktioniert?

Vor einigen Jahren wurde im Grazer Gemeinderat ein Arbeitskreis eingerichtet, das so genannte Redaktionskomitee zur Statutenreform, das sich mit diesen und ähnlichen Fragen beschäftigen soll, um mit einem gemeinsam ausgearbeiteten Demokratiepaket Verbesserungen auf breiter Basis und zum Nutzen der Bevölkerung zu erwirken.

Aus unerfindlichen Gründen wurde dieser Arbeitskreis vor einem Jahr zum letzten Mal einberufen und seither befindet er sich im Dauerschlaf. Die dadurch eingetretene Stagnation ist bedenklich.

Daher richte ich an Sie Herr Bürgermeister, folgende

### **A n f r a g e :**

1. Warum haben Sie die begonnenen Diskussionen zur so genannten „Statutenreform“ der Stadt Graz auf politischer Ebene seit über einem Jahr nicht mehr fortgeführt,
2. wann werden Sie im Sinne einer modernen Demokratie und somit im Sinne der Grazerinnen und Grazer den Diskussionsprozess ergebnisorientiert wieder aufnehmen?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

*Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 16.20 Uhr den Vorsitz.*